

Anlagen, die bei atomindustrietouristischen Ausflügen von Rat und Verwaltung besucht wurden, in Betracht kommen. Daß in diesem Sinn schon eindeutige Zusagen gemacht worden sein müssen, läßt sich an dem Eier-tanz der kommunalen Größen bis hin zur SPD Salzgitter ablesen.

Salzgitter/Braunschweig
EINE REGION WIRD ENDGELAGERT



WIE UNS DIE 'SALZGITTER AG' DIE ATOMINDUSTRIE BRINGT
 Eine Broschüre über die Umstrukturierung der Region vom Stahl- zum Atomindustrie-Standort.

Herausgegeben vom Arbeitskreis gegen Atomenergie Braunschweig

Preis: 2,50 DM, ab 10 Stück 2,-
 über Ernesto Vulkano,
 Geysostr. 21, Braunschweig

So wurden zwar zwecks Beruhigung der Bevölkerung drei Gegengutachten zu den Konrad-Planungsunterlagen der PTB in Auftrag gegeben, mit dem Umgang der Ergebnisse tut man sich allerdings etwas schwer. Alle drei Gutachten kritisieren mehr oder weniger scharf die Arbeit der PTB. Stadt, SPD- und CDU-Salgitter befinden sich nun in dem Dilemma, auf der einen Seite Aussagen zu haben, die das Planfeststellungsverfahren politisch oder juristisch um Jahre hinauszögern können. Auf der anderen Seite aber haben sie primär das Interesse, ein Endlager plus Folgeindustrie möglichst bald in Betrieb zu haben; um über Steuern etc. zu profitieren.

Um aus dieser Zwickmühle ohne großen Gesichtsverlust herauszukommen, wird man darauf orientieren, sich im weiteren Verlauf des Einwendungsverfahrens o.ä. Geschichten „massive Interventionen“ vorzubehalten, wenn die PTB die geäußerte Kritik nicht berücksichtigen wird. Genau hier wird aber sicherlich die kosmetische Kunstfertigkeit der Betreiberseite zum Zuge kommen, wird doch damit der Gegner/Innen-seite gehörig der Wind aus den Segeln genommen.

In diesem Zusammenhang war auch das folgende Ereignis nicht verwunderlich:

Als der SPD-Bezirksparteitag auf dem Weg nach neuer Profilsuche als Ant-AKW-Partei den Beschluß faßte, „unter dem jetzigen Informationsstand“ (!?) gegen das Atommülllager zu sein, sah sich die SPD-Salgitter genötigt, sauer zu sein. Ihr Bonner Repräsentant MdB Schmidt maulte: „Ein Nein ohne Wenn und Aber sei keine klare Linie. Man müsse ein bedingtes Ja zu Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der nuklearen Entsorgung sagen. Atommüll falle nun mal an, ob man nun wolle oder nicht. Der Antrag aus Salzgitter sei eine Linie der Vernunft. Wie solle die Sicherheitsfrage geprüft werden, wenn jetzt eine Lagerung im Schacht Konrad abgelehnt werde“ (SZZ, 25.5.87).

Einen etwas leichteren Stand hat da derzeit der Parteigenosse und Oberbürgermeister von Braunschweig Glogowski. Öffentlich wird von seiner Seite die Argumentation der Konrad-Gegner/innen übernommen. Da die Stadt Braunschweig direkt im Umfeld des Schachtes liegt, droht er auch unverhohlen mit Klage gegen das Projekt. Ein aufrechter AKW-Gegner? Auf einer SPD-Veranstaltung in Peine am 7.10. löfnete er das Geheimnis. Wenn Konrad nur negative Auswirkungen für weitere Industriean-siedlung in Braunschweig habe, wolle er vom Bund von vornherein eine Garantie, daß doch Industrie nach Braunschweig kommt. Da aber für Braunschweig im Gegensatz zu Salzgitter bisher noch nichts abgefallen zu sein scheint, droht er mit Klage und Ermahnung an die Anti-Konrad-Bewegung, doch etwas aktiver zu werden.

Beispiel: Im Emsland tue sich wenigstens was von Seiten der Bevölkerung. Da sei der Remmers auch fast jeden Tag und mache Lernprozesse mit. Es wäre gut, wenn er auch mal nach Braunschweig kommen müsse.

Erklärbar wird dann auch das Verhalten der „Mutter-Partei“ zu den Konrad-Aktivitäten der Jusos. Während sie in Salz-gitter massiv unter Druck gesetzt werden, bekommen sie im übrigen Bezirk alle nur denkbare Unterstützung, nur gewaltfrei muß es sein.

Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie

Prozeß gegen Kühlturm-besetzer eingestellt

Liebe Freundinnen und Freunde, „schneller als erwartet“ ging „unser“ Prozeß in Hamm zu Ende, weil die Staatsanwaltschaft gleich zu Anfang des 2. Verhandlungstages dem schon am 1. Tag unterbreiteten Vorschlag des Gerichts zustimmte, das Verfahren einzustellen.

Mit der Darstellung unserer Motive zur Besetzung des THTR-Kühlturmes war es uns gelungen, die Richter, die Schöffen, die zahlreichen Zuhörer und schließlich wohl auch den Staatsanwalt von der Gefährlichkeit der Atomkernspaltung und dem unverantwortlichen Umgang mit dieser Technik auch in bundesdeutschen Atomkraftwerken (z.B. Hamm-Uentrop, 4.5.1986) zu überzeugen. Die Mitglieder des Gerichts waren nach eigenem Bekunden „betroffen“.

So wurden wir nicht bestraft, obwohl wir bei unserer Aktion Gesetzesbuchstaben hatten mißachten müssen und uns bewußt des „Kühlturmfriedensbruches“ und geringfügiger Sachbeschädigung schuldig gemacht hatten. Das Gericht akzeptierte zustimmend, daß es notwendig sei, sehr deutlich auf die Lebensbedrohung durch die Atomindustrie hinzuweisen.

Das „Bußgeld“ in Höhe von insgesamt DM 3.600, das wir 6 Kühlturmbesetzer zu zahlen haben, geht auf unseren Wunsch an den Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), eine Organisation, die bundesweit ganz in unserem Sinn arbeitet und der wir selbst teils als Mitglieder, teils als Spender zugehören. Dennoch muß die beträchtliche „Spende ohne Spendenquittung“, wie einer der Richter das Bußgeld nannte, jetzt erst einmal aufgebracht werden. Dazu kommen Anwaltskosten von ca. DM 2.000

Wir bitten um Beteiligung.
Herzliche Grüße vom Arbeitskreis Gegengift (Konto Nr. 42580 Kreissparkasse Herford 494 501 20; wenn Spendenquittung erwünscht, über Stadtkasse Herford, Konto Nr. 29231 Stadtparkasse Herford 494 500 75, mit Stichwort „Spende AK Gegengift“)
 PS: Unsere „Einlassungen“ aus der Gerichtsverhandlung in Hamm sind dem-nächst als Broschüre bei uns erhältlich.

Bauern gegen „Konrad“ als Atommüll-Lager

16.2. 1987
 G.T. Eigener Bericht

co. Salzgitter
 Die Einlagerung von Atommüll im Schacht „Konrad“ bei Salzgitter-Blekenstedt wird von den Landwirten entschieden abgelehnt. Nachdem sich vor wenigen Tagen bereits der Kreisverband Peine des Niedersächsischen Landvolks und auch Bezirksverbandsvorsitzender Klaus-Jürgen Hacke gegen die geplante Einrichtung des Endlagers ausgesprochen hatten, bezog jetzt auch der Kreisverband Salzgitter deutlich gegen „Konrad“ Stellung.

„Wir haben allen Anlaß, vorsichtig und mißtrauisch zu sein“, sagte der Kreisvorsitzende August-Wilhelm Ahrens am Montag auf der Mitglieder-versammlung seiner Organisation. „Wir lehnen den Schacht als Endlager eindeutig und unmißverständlich ab“, sagte Ahrens unter dem Beifall mehrerer hundert Zuhörer. Zu befürchten sei nämlich, daß sich die landwirt-schaftlichen Erzeugnisse aus der Region nicht mehr absetzen ließen. Der Landesverband, so versicherte Land-volkpräsident Rohde, werde den Landwirten aus Salzgitter alle Unter-stützung gewähren.

Schacht Konrad: Von der

Die Stahlkrise

Seit 1975 befindet sich (nicht nur) die bundesdeutsche Stahlindustrie in einer Absatzflaute, die sehr schnell als Strukturkrise erkannt wurde.

Hintergrund dafür sind die Stagnation der Wachstumsraten in den Industriemetropolen, der zunehmende Kapitalexport für Massenstahlproduktion in „Schwellenländer“ und Länder der „dritten Welt“. Ebenso spielt die Entwicklung der Materialtechnologie (Ersetzung des Stahls durch andere Werkstoffe) eine Rolle.

Das Konzept der Krisenbewältigung durch die BRD-Stahlbranche war typisch:

Einerseits massiver Belegschaftsabbau durch Rationalisierung und Modernisierung der Anlagen, auf der anderen Seite Kapazitätsausbau der Stahlproduktion.

So produzierten 1985 ca. ein Drittel weniger Arbeitskräfte fast die gleiche Menge Rohstahl wie 1975. Eine Stahlschwemme mit ruinösem Preiskampf wurde dabei bewußt in Kauf genommen, ging es doch darum, die europäischen Mitkonkurrenten mit veralterten Anlagen in den Bankrott zu treiben.

Der Verlust wurde dabei mehr als erforderlich durch die Produktion hochwertiger Spezialstähle ausgeglichen, bei der die BRD auf Grund ihres hohen technologischen Stands eine Spitzenstellung einnahm.

Gleichzeitig begannen die Stahlunternehmen neben ihren klassischen Produktions- und Dienstleistungsangeboten (Stahlerzeugung, Maschinen- und Anlagenbau) damit, die Lukrativität neuer Wirtschaftszweige zu untersuchen.

Mit der jüngsten Entlassungswelle von mindestens 35.000 Menschen und den Schlachtfesten ganzer Stahlreviere scheint nun eine neue Strategie der Krisenbewältigung eingeleitet zu sein.

Der von der BRD forcierte „Verdrängungswettbewerb“ auf europäischer Ebene ist wahrscheinlich nicht erfolgversprechend. Von der bewußten Schaffung und Haltung von Überkapazitäten und der damit verbundenen Stahlpreisauswirkung geht man nun zu einer zielstrebigem Reduzierung der Massenstahlproduktion über, wobei die Produktion hochwertiger Stähle unberührt bleiben soll. Gleichzeitig wird massiv eine Diversifizierung in die vorher ausgelotete „Zukunftstechnologie“ betrieben. *Va. V. H. T.*

Die Salzgitter AG...

Für die Salzgitter AG lief die Entwicklung wie allgemein beschrieben. Die Anlagen wurden modernisiert und damit die Produktionskapazitäten ausgebaut. Gleichzeitig wurde beständig Personal über Sozialplan, Einstellungsstop und offene Entlassungen abgebaut. Parallel fand eine Spezialisierung

Nicht nur in der Oberpfalz stehen atomindustrielle Monstruktur und Massenarbeitslosigkeit mit all ihren Folgen an, sondern auch in Salzgitter.

In Bayern wird dies auf Grund politischer Entscheidungen geschehen, in Salzgitter durch die vielbeschworenen Selbstheilungskräfte der freien Marktwirtschaft.

Wir wollen in diesem Artikel beschreiben, wie neben den allgemeinen atompolitischen Interessen betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte eines Stahlkonzerns dazu beitragen, eine stillgelegte Erzgrube zum größten atomaren Endlager Westeuropas zu machen. Es soll gezeigt werden, daß diese Profitinteressen es nicht beim einem Endlager belassen wollen. Vielmehr soll ein ganzer Rattenschwanz neuer Atomtechnologie zentral in Salzgitter und dezentral im ganzen Bundesgebiet aufgebaut werden.

Außerdem wollen wir darauf eingehen, wie Parteien und Kommunen an dem geplanten Ausverkauf der Region noch Kapital schlagen wollen und sich dabei der „neuen“ Anti-Konrad-Bewegung als Hilfsmittel bedienen wollen.

auf die Produktion bestimmter Stahlsorten statt. Welche Auswirkungen die jüngsten Struktur-„bereinigungsmaßnahmen“ auf Salzgitter haben werden, ist bisher noch nicht abzuschätzen. Direkt auf dem Spiel stehen erst einmal 550 Arbeitsplätze.

Neben anderen Diversifizierungsbereichen begann der Konzern allerdings schon sehr frühzeitig mit der Erschließung des Atomgeschäfts.

Zu Beginn war es die noch traditionelle Schiene des Maschinen- und Anlagenbaus. Die SMAG und NOELL (AKW Stade) belieferten die Atomindustrie mit klassischen Bestandteilen ihres Dienstleistungsangebots wie Druckbehälter, Krananlagen etc. Sehr bald entwickelte sich daraus ein auf Atomanlagen spezialisiertes und in diesem Bereich sehr breit gefächertes Dienstleistungsangebot.

Zum zentralen Ansprechpartner für Lieferungen der Aufträge und Koordinator für Abwicklung derselben innerhalb des Konzerns wurde die NOELL gemacht.

Schon 1978 bot die NOELL nach dem Kernenergieadressbuch faktisch alle technischen Einrichtungen (ausgenommen der elektronischen) für die verschiedenen Atomanlagen an, einschließlich einiger Konditionierungs- und Endlagertechniken.

und der Einstieg ins Endlagergeschäft

Der bisher beschriebene Einstieg in das Atomgeschäft reichte dem Konzern jedoch noch nicht aus.

Denn die direkte Verknüpfung mit den Zyklen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung war immer noch zu stark. Besonders was die Abhängigkeit von der Stahlproduktion betraf, war man kein Stück weiter gekommen.

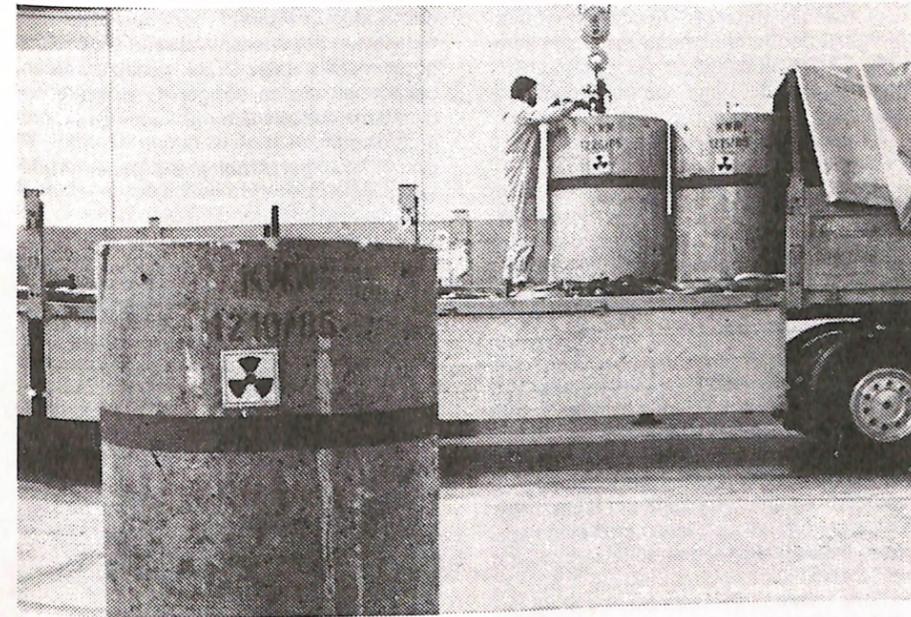
So begann die NOELL Mitte der 70er Jahre in einen Wirtschaftszweig der Atomindustrie einzusteigen, der auf Grund energiewirtschaftlicher und politischer Überlegungen garantiert krisenfrei ist. Dieser Bereich war die bis dahin von der Atomwirtschaft sehr vernachlässigte „Entsorgungs“problematik. Fast zeitgleich gab der Salzgitter-Konzern 1975 die stillgelegte Erzgrube Konrad für die Eignungsuntersuchungen als Atommüllendlager frei.

Mit Aufkommen der Anti-AKW-Bewegung die gerade die „Entsorgungs“frage zum Nadelöhr des bundesdeutschen Atomprogramms gemacht hatte, erhielt der von der Salzgitter AG gewählte Diversifizierungsbereich politische Brisanz und versprach dadurch zu einem äußerst lukrativen Wirtschaftszweig zu werden.

So ist es dann auch verständlich, wenn die NOELL häufig zusammen mit Forschungseinrichtungen des Bundes (Karlsruhe, Jülich) und der PTB zu fast allen Konditionierungsverfahren Forschungsprojekte laufen hat, die soweit gediehen sind, daß sie nur noch auf ihren wirtschaftlichen Einsatz waren, bzw. u.a. bei dem Abriß des AKW Niederaichbach (selbstverständlich von der NOELL durchgeführt) schon in Betrieb sind.

Als Beispiele seien genannt: Zerlegemaschinen für Brennelemente; Pressen für radioaktiven Abfall; Hoch- und

Stahl- zur Atomindustrie



pressen von Stahlschrott, Müllverbrennung oder Verfestigung wird nur in aufwendigen Großanlagen sinnvoll sein. Hier bietet sich Salzgitter als Standort geradezu an.

Nicht nur, daß unnötig lange Transportwege wegfallen würden, sondern auch, weil der Konzern faktisch Anlagen der Konditionierungstechnik schon laufen hat, z.B. Schrottverwertung. Noch interessanter ist die Pyrolyseanlage, die als Pilotprojekt im großtechnischen Maßstab in Salzgitter in Betrieb ist. Eine solche Anlage läßt sich ohne großen technischen Aufwand in eine Atommüllverbrennungsanlage etc. verwandeln.

Über kurz oder lang soll also der Kreislauf des Atomprogramms um die Variante der Konditionierung von Atommüll reicher werden, was eine zusätzliche Belastung für die Bevölkerung bedeuten würde.

Gleichzeitig soll die Region Braunschweig/Salzgitter zu einem auf Recycling und „Entsorgung“ spezialisierten Atomindustriekomplex umstrukturiert werden.

Die Kommunen Salzgitter und Braunschweig verschachern mit

Die von hoher Arbeitslosigkeit und leeren Kassen gebeutelten Stadtverwaltungen von Salzgitter und Braunschweig haben die Gunst der Stunde rechtzeitig erkannt.

So erklärte der Wirtschaftsdezernent der Stadt Salzgitter vor der kommunalen Wirtschaftsvereinigung: „Der Dienstleistungsbereich sei nach wie vor unterrepräsentiert. Daraus sei zu folgern, daß eine betriebswirtschaftliche Umstrukturierung der Stadt betrieblen werden müsse, die eigentlich schon vor zehn Jahren hätte begonnen werden müssen. Dennoch böten sich auch heute noch Chancen für die Stadt Salzgitter in der Hauptsache in allen einem möglichen Endlager vorgeschalteten technischen und wissenschaftlichen Bereichen. Die Beispiele Karlsruhe und Jülich zeigen, daß im Umfeld solcher Anlagen doch allerhand zu machen sei. Die Entsorgung könnte ein Ansatzpunkt sein, die Wirtschaftsstruktur der Stadt schrittweise zu verändern“ (Salzgitter Zeitung, SZZ, 21.11.85).

dieser, zumindest im Hinblick auf die übrigen Stahlkonzerne, marktbeherrschende Stellung, wird sich die Salzgitter AG die für den Betrieb des „Entsorgungs“geschäfts notwendigen Großaufträge in die eigene Tasche stecken. Genannt seien hier nur die Millionen Rollreifensässer als kleinste Lagereinheit und die Lager- und Transportcontainer. Bei letztgenannten scheint derzeit Thyssen marktbeherrschend zu sein.

Auf Grund der profitorientierten „Entsorgung“ werden betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte gegenüber dem derzeitigen Endlagernotstand an Gewicht gewinnen. Allein das Endlager Konrad ist so groß geplant, daß es mindestens 40 Jahre Atommüll aufnehmen kann. Der gesamte bundesdeutsche Atommüllberg soll aber nach 6 Betriebsjahren im Schacht verschwunden sein und dort ein Viertel des gesamten Volumens ausfüllen. Wenn die technischen Anlagen weiter gewinnbringend arbeiten sollen, werden die Betreiber der Anlage darauf erpicht sein, Atommüll aus dem Ausland aufzukaufen.

Bleibt noch die Frage des Standorts solcher Anlagen.

Technische Erfordernisse und der betriebswirtschaftliche Druck, die Konditionierung möglichst effektiv durchzuführen, machen eine Kombination mobiler und stationärer Anlagen sinnvoll. Die mobilen Einrichtungen werden da eingesetzt, wo Atommüll anfällt (AKWs und Abriß derselben, Landessammelstellen etc.). Ihre Aufgabe wird die Vorsortierung und transportgerechte und in bestimmten Fällen endlagerechte Verpackung sein. Eine weitere Behandlung, etwa das Einschmelzen oder Ver-

Niedrigtemperaturverbrennungsanlagen (Pyrolyse) für hochgiftigen Müll, die aber durch technische Umrüstung auch Atommüll verbrennen können; Industrieschmelzöfen für radioaktiven Edelstahl, mechanische und chemische Oberflächenbehandlung von radioaktivem Stahlschrott (Geesthacht).

Parallel zu dieser Entwicklung wurden die „Forschungsarbeiten“ zu Konrad weiter vorangetrieben, wobei es zu einer Interessengleichheit zwischen Bund und Wirtschaft kam.

Bund und Atomindustrie im Allgemeinen hatten den Wunsch, möglichst bald ein Endlager für das Groß des Atommülls für möglichst lange Zeit zu haben. Der Salzgitter-Konzern kann dieses Lager anbieten, wenn die Nerverei mit der Atommüllklassifizierung bei der Endlagerung wegfällt und die Konditionierung als notwendig (d.h. bezahlte Dienstleistung) angesehen wird. Zumindest das erste wurde offiziell zugesichert. In den Schacht sollen demnach bisher 95 % des in der BRD anfallenden Atommülls und abhängig der radioaktiven Intensität, nur stark wärmeentwickelnd soll er (noch) nicht sein. Und die PTB hat Berechnungen angestellt, daß der Atommüllberg bei Konditionierung (d.h. hier Vorbehandlung aller Art zwecks Volumenreduzierung) um ein Drittel verringert werden kann. Auf Grund der politischen Interessenlage an einer langfristigen Entsorgung ist die Zustimmung für eine profitorientierte Entsorgung kein Problem.

Zwecks Absicherung der Vormachtstellung im Endlagergeschäft beteiligt sich der Konzern ebenfalls am Bau (und Betrieb?) des Endlagers in Gorleben (Viertelbeteiligung der NOELL an der DBE). Auf Grund